



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Familie, Jugend,  
Integration und Verbraucherschutz  
Herr Jochen Hartloff, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Postfach 31 70  
55021 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de  
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Susanne Amon	06131 16-5186
		Susanne.amon@mffjiv.rlp.de	06131 16-2644-5186

26.06.18

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-  
schutz am 17.05.2018**

**TOP 6 „Zukunft des Verbraucherschutzberichts“,  
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU,  
Vorlage 17/3146**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung hat der Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz zu Tagesordnungspunkt 6 um Überlassung des Sprechvermerkes gebeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende den Sprechvermerk als Anlage.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder  
Staatssekretärin

Anlage

**Übersendung Sprechvermerk:**

**AFJIV am 17.05.2018, TOP 6: „Zukunft des Verbraucherschutzberichts“,  
Antrag der CDU-Fraktion, Vorlage 17/3146**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich war schon sehr erstaunt, als ich die Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 08. Mai zur Kenntnis genommen habe. Hierin wird gemutmaßt, dass die Landesregierung „nicht kontrolliert werden wolle oder verbraucherpolitisch nichts mehr zu sagen hätte“. Dies halte ich doch für sehr gewagt. Zumal die CDU in der Vergangenheit nie ein gutes Haar an dem Verbraucherschutzbericht gelassen hatte und ihn als Selbstdarstellung kritisiert, sogar von Verbrauchertäuschung gesprochen hat, wie ich z.B. dem Plenarantrag von 2014 entnehmen konnte. Dass gerade Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, den Bericht nun vermissen, ist schon bemerkenswert.

Der erste Verbraucherschutzbericht erschien im Jahr 2007, also ein Jahr, nachdem in Rheinland-Pfalz der Verbraucherschutz erstmals durch ein Ressort vertreten war. Er ging damals – das möchte ich ausdrücklich erwähnen – auf eine politische Entscheidung der damaligen Verbraucherschutzministerin Conrad aus dem Jahr 2006 zurück, nicht auf einen Beschluss des Landtags. Dies war in der 15. Legislaturperiode. In der folgenden 16. Legislaturperiode wurde durch den Nachfolger noch zweimal ein Bericht herausgegeben, zuletzt 2014 für die Jahre 2012/13. Bereits in der letzten Legislaturperiode 2014/15 wurde ein Bericht nicht mehr erstellt. Es ist interessant, dass die CDU-Fraktion dies erst heute bemerkt.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, einen Bericht zu Beginn einer neuen Legislaturperiode vorzulegen. Die Mehrzahl der Bundesländer hat übrigens ebenfalls in den letzten Jahren keine Berichte mehr veröffentlicht, dies nur am Rande.

Verbraucherinformation und Transparenz, sehr geehrte Damen und Herren, sind weiterhin zentrale Elemente unsere Politik. Im Zentrum der Verbraucherpolitik unseres Hauses stehen in der aktuellen Legislaturperiode noch stärker Maßnahmen und Initiativen, die direkt und nachhaltig den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Rheinland-Pfalz zugutekommen. Die Digitalisierung, die Integration und den demografischen Wandel haben wir dabei ganz besonders im Blick. Gerne nenne ich Ihnen an dieser Stelle Schwerpunkte unseres Hauses und ein paar Beispiele:

Wir bauen die Informationsangebote für rheinland-pfälzische Verbraucherinnen und Verbraucher weiter aus und wollen die digitalen Angebote verbessern. Dazu haben wir die Grundförderung der Verbraucherzentrale erhöht und streben an, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2019/2020 weitere Mittel erhalten zu können. Seit diesem Jahr fördern wir auch das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz mit Sitz in Kehl, wodurch weitere, nun auch grenzüberschreitende Angebote für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes offen stehen.

Daneben gibt es neue bedarfsorientierte Angebote für bestimmte Zielgruppen:

- Unterrichtsmaterialien der Verbraucherzentrale zu digitalen Themen; Materialien zu Finanzen und Konsum sind in Arbeit
- Veranstaltungen für Eltern und Familien zum Verbraucher- und Datenschutz bei digitalen Medien, angeboten über das Netz der Familieninstitutionen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale und dem Landesdatenschutzbeauftragten
- oder Kurse der Verbraucherzentrale zur Nutzung von Smartphones und Tablets speziell für die ältere Generation, bei denen am eigenen Gerät gelernt wird.

Ein besonderer Schwerpunkt ist der Verbraucherschutz für Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten. Neben regelmäßigen Informationsveranstaltungen in Flüchtlingsunterkünften erprobt die Verbraucherzentrale derzeit den Einsatz von Sprachmittlern in der Beratung per Video. Die Sprachmittlerinnen und -mittler

werden über Videotechnik zugeschaltet und sollen die Kontaktaufnahme und Verständigung erleichtern.

Gleichzeitig testet die Verbraucherzentrale damit weitere digitale Kommunikationswege. Dies ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, um auch für diejenigen, die z.B. durch Beruf oder Familie stark eingebunden oder beispielsweise im ländlichen Raum nur eingeschränkt mobil sind oder längere Wege hätten, die ortsunabhängige Erreichbarkeit der Verbraucherzentrale weiter zu verbessern. Diese Schwerpunktsetzung ist auch ein Ergebnis unseres Beteiligungsverfahrens, das wir 2017 im Zuge des Digital-Dialogs der Landesregierung mit Stakeholdern durchgeführt haben. Aktuell entwickelt die Verbraucherzentrale daher auch in unserem Auftrag Webinare oder informiert bereits mit Videos in Social Media-Kanälen. Auch die Terminvereinbarung wird jetzt online möglich sein.

Neben diesen direkten Angeboten für Verbraucherinnen und Verbraucher ist der vorsorgende Verbraucherschutz eine wichtige Säule unserer Politik. Wir haben daher das bewährte und bundesweit anerkannte Expertenforum „Verbraucherdialog“ in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale und dem Landesdatenschutzbeauftragten aktuell zum Thema „Wearables: Fitnessarmbänder und Co.“ erfolgreich fortgesetzt. Im April konnten so umfangreiche Handlungsempfehlungen zur verbraucher- und datenschutzfreundlichen Angebotsgestaltung vorgelegt werden, auf denen wir politisch weiter aufbauen werden.

Selbstverständlich sind wir jederzeit bereit, dem Landtag zu berichten.

Vielen Dank!